

Die Postzeitung erscheint  
jede Woche Sonnabends.  
Kreis pro Quartal durch  
die Post bezogen 1,-  
eingetragen in die Post-  
zettelstätte Nr. 6482.

Anzeigenpreis:  
Arbeitsvermittlungs- und  
Baustellen-Anzeigen die  
gehaltene Kolonie-Zelle  
60,-  
Geschäftsanzeigen werden  
nicht aufgenommen.

# Der Proletarier

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Wrey,  
Druck von C. A. S. Meissner & So., beide in Hannover.

Berantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.  
Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Mittelstraße 7, 2 Et. — Versprech.-Einschluß 3002.

### Gewerkschaften und Sozialistengesetz.

Fünfundzwanzig Jahre sind am 1. Oktober seit dem Fall des Ausnahmegesetzes verflossen, das 12 Jahre lang der gesamten deutschen Arbeiterbewegung schwere Fesseln anlegte. Den äußeren Anlaß zur Schaffung dieses Gesetzes halten die Attentate Hödels und Noblings gegen den alten Kaiser gegeben. Wahr hatte keiner der beiden Attentäter mit der Sozialdemokratie oder mit der modernen Arbeiterbewegung überhaupt etwas zu tun; der verworrene Klempnergeselle Hödel war Mitglied der christlich-sozialen Arbeiterpartei Stöders, Dr. Nobling war Mitarbeiter staatsfreuer Zeitungen und bekannte sich, soweit er sich über seine politische Gesinnung aussprach, zu nationalliberalen Ansichten. Über der Reichskanzler Bismarck wußte kein andres Mittel mehr, um der rasch anwachsenden sozialistischen Bewegung, die besonders durch die 1875 erfolgte Einigung der Eisenacher und der Bassalleanner an Werbe Kraft gewonnen hatte, Herr zu werden, und so griff er dann zu dem Mittel der ausnahmegesetzlichen Unterdrückung. Am 11. Mai 1878 gab Hödel Unter den Linden in Berlin seine fehlgehenden Schüsse auf den Kaiser ab. Am 20. Mai bereits ging ein „Geschenktwurf“ zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen“ dem Reichstag zu. Der großen Mehrheit des Reichstages wollte es jedoch nicht einleuchten, daß die Tat eines verkommenen Idioten zu führen sei durch die Anebelung der aufstrebenden Arbeiterbewegung. Nach zwölftägiger Debatte wurde die Vorlage mit 243 gegen 60 Stimmen abgelehnt. Der Anschlag gegen die Volksfreiheit schien abgewendet. Da trallte, wiederum Unter den Linden, am 2. Juni die Schriftlinie Noblings, der den Kaiser leicht verletzte. Am 11. Juni beschloß der Bundesrat die Auflösung des Reichstages. Unter ungeheurem behördlichen Druck vollzogen sich die Neuwahlen. Kaum waren sie beendet, wurde der Reichstag auch schon einberufen und der Entwurf eines „Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ veröffentlicht. Nachdem dieser Entwurf in 12 Sitzungen beraten war, stand er am 19. Oktober 1878 mit 221 gegen 149 Stimmen Annahme. Bereits zwei Tage später, am 21. Oktober, trat das Gesetz in Kraft.

Der Zweck des Gesetzes war nach dem § 1, alle Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezweiten, zu verbieten. Sofort nach dem Inkrafttreten des Gesetzes wurden sämtliche politische Vereine der Arbeiterschaft von der Bildfläche hinweggefegt. Aber dies Schicksal widerfuhr nicht nur den politischen Organisationen, auch die Gewerkschaften fielen der Gewaltspolitik zum Opfer. Mit den feierlichen Erklärungen, die der Vater des Gesetzes, Reichskanzler Bismarck, vor der Volksvertretung abgegeben hatte, stimmte das freilich schlecht überein. Er hatte erklärt, daß er „jede Bewegung fördern werde, die positiv auf die Verbesserung der Lage der Arbeiter gerichtet sei, also auch einen Verein, der sich den Zweck gesetzt hat, die Lage der Arbeiter zu verbessern, den Arbeitern einen höheren Anteil an den Erträgnissen der Industrie zu gewähren und die Arbeitszeit nach Möglichkeit zu verkürzen“. Auch der nationalliberale Führer v. Bennigsen, der mit seiner Partei dem Ausnahmegesetz zustimme, hatte den Schein erweckt, als sei an die Anwendung des Gesetzes auf die Gewerkschaften gar nicht zu denken. Er betonte besonders, daß die Arbeiter das Koalitionsrecht durch dieses Gesetz nicht verlieren sollten, daß es ihnen vielmehr möglich bleibe, „noch und noch stetig wachsenden Anteil zu erhöhen, den sie an den Arbeitsprodukten haben“. Als jedoch das Gesetz in Kraft war, gab es für die mit seiner Durchführung betrauten Behörden keinen Unterschied mehr zwischen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Noch in den letzten Wochen des Jahres 1878 versieben neben 82 politischen Vereinen 17 gewerkschaftliche Zentralverbände und 62 lokale Fachvereine dem behördlichen Verbot. Dass daneben auch alle Unterstützungsvereine der Arbeiterschaft und selbst harmlose Vergnügungsklubs zertrümmert wurden, sei nur im Vorbeigehen erwähnt. Von den sozialdemokratischen Blättern existierten nach dreiwöchiger Geltungsdauer des Gesetzes nur noch zwei, die bereits vor dem Zustandekommen desselben ihre Titel geändert hatten. Für die Arbeiterschaft war eine Zeit absoluter Rechtslosigkeit gekommen. Kein kleinster Verstoß gegen das Ausnahmegesetz drohten ihr schwere Strafen. Über größere Industriegebiete (Berlin, Hamburg-Altona, Leipzig, Stettin, Frankfurt a. M. usw.) wurde der kleine Belagerungszustand verhängt und auf Grund desselben alle halbwegen bekannten Organisationsmitglieder ausgewiesen, von ihrer Familie gerissen. Die Folge war, daß zunächst eine Art Friedhofsruhe eintrat, die nach etwa drei Jahren zu der sogenannten „milden Praxis“ führte. Man gestattete wieder die Gründung von Vereinen und das Erscheinen von Arbeiterblättern. Letzten Endes aber verfolgte man damit nur den Zweck, dem Spießkultus, das auf die Arbeiterschaft losgelassen wurde, den nötigen Spielraum zu lassen. Die Arbeiter verstanden es vortrefflich, die beschiedene Bewegungsfreiheit, die sie erlangt hatten, zu ihrem Vorteil auszu nutzen. Da und dort entstanden wieder Fachvereine, die sich in den stärker vertretenen Berufen auch bald wieder zu Zentralverbänden zusammenschlossen. Lohnbewegungen entwölften sich. Es wurde versucht, nachzuholen, was in den voraufgegangenen Jahren hatte verjährt werden müssen.

Natürlich wurde diese Entwicklung der Dinge von der Regierung Bismarcks und ihren Organen mit Argusaugen verfolgt, und es fehlte nicht an polizeilichen und gerichtlichen Unterdrückungsmaßnahmen. Es bedeutete denn auch kaum eine neue Situation, als der Polizeiminister v. Puttkamer im Frühjahr 1886 seinen verhümt gewordenen Streiterlass herausgab. Wahr suchte Puttkamer immer noch das Märchen aufrechtzuerhalten, daß „friedlichen“ Lohnkämpfen nichts in den Weg gelegt werden sollte, im Reichstag belohnte er aber, daß für ihn hinter jedem Streit die Hydra der Revolution lauere. Von dem Geist war auch der Erlass erfüllt, in dem es u. a. hieß: „In dem Augenblick, wo durch Tatsachen jene den Umsturzbetreibungen dienende Tendenz bei einer Arbeitseinstellung zutage tritt, wird auch die Notwendigkeit gegeben sein, gegen die mit ihr zusammenhängenden öffentlichen Rundgebungen auf dem Gebiet der Presse sowie des Vereins- und Versammlungswesens die Vorschriften des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie mit derselben Strenge zur Anwendung zu bringen wie gegen jene Bestrebungen überhaupt.“ Besonders die Ausweisung wurde gegen die Führer der Streitbewegungen angewandt.

Druck erzeugt aber bekanntlich Gegendruck. Weder mit der politischen, noch mit der gewerkschaftlichen Bewegung der Arbeiter wurden Bismarck und seine Helfershelfer fertig. Die Gewerkschaften wuchsen aufs neue heran. Auch die politische Bewegung hatte vereinsrechtliche Formen gefunden, die vom Ausnahmegesetz schwer zu treffen waren. Die Ausgewiesenen wurden in ihrem neuen Wirkungskreis erfolgreiche Agitatoren der Ideen, die man mit der Ausweisung ausrotten wollte. Von den Wahlen des Jahres 1881 an wandten sich die Arbeiter wieder in wachsender Zahl der Partei zu, die vernichtet werden sollte. Als so die Sozialdemokratie 1890 trotz des Ausnahmegesetzes zur stärksten Partei Deutschlands geworden war, gelang es Bismarck nicht mehr, im Reichstag eine Mehrheit für die nochmäßige Verlängerung des schlagenden Gesetzes zu stanze zu bringen. Bismarck fiel, das Ausnahmegesetz versank im Ohrn der Geschichte, die Bewegung aber, zu deren Erdrosselung das Gesetz bestimmt war, hatte ihre brutalsten Gegner überwunden.

Ein noch gewaltigerer Aufstieg setzte jetzt ein. Aus den knapp 300 000 Gewerkschaftsmitgliedern, die am Schluss des Jahres 1890 in Deutschland gezählt wurden, sind inzwischen mehr denn 2½ Millionen geworden. Nicht zuletzt haben auch die harten Verfolgungen der Gewerkschaften unter dem Ausnahmegesetz dazu beigetragen, den Elter der Arbeiter im Ausbau ihrer Organisation zu steigern. Großes ist in den verflossenen 25 Jahren geleistet worden, viel größere Aufgaben aber stehen uns noch bevor. Unsre Arbeit hat eine Unterbrechung und Sichtung durch den unheilsamen Weltkrieg erfahren; sie wird, ungeachtet aller Widderstände, siegesbewußt fortgesetzt werden, wenn der Friede wiederhergestellt ist.

### Blick in die Zukunft!

Von Hermann Molkenbuhr.

Zu Beginn des zweiten Kriegsjahres brachten fast alle Zeitungen Rückblicke auf das abgelaufene Jahr und über den gegenwärtigen Stand des Krieges. Soweit sie damit Aussicht in die Zukunft verbanden, beschränkten sich diese meist darauf, zu untersuchen, welche Ereignisse sich wahrscheinlich in nächster Zeit auf dem Kriegsschauplatz abspielen werden. Man fand nur wenig Aussicht auf die Zukunft des ganzen Volkslebens; und doch gibt es kein Gebiet des öffentlichen Lebens, auf dem nicht die größten, dringend der Lösung horrenden Probleme auftauchen. Man braucht nur an die Steuerpolitik, die Preisgestaltung der wichtigsten Lebensmittel, das ganze Gebiet der Sozialpolitik zu denken, um sofort zu erkennen, daß es kein Gebiet des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens gibt, das nicht in seinen Grundfesten erschüttert ist und nicht gleich nach dem Friedensschluß neu ausgebaut werden muß. Und bei der Lösung aller dieser Fragen wird auch das Interesse der Arbeiter berührt. Die Arbeiter dürfen darum mit der Besprechung der nächsten Zukunft nicht warten, bis die fertigen Geschenktwürfe vorliegen; sie müssen vorher ihre Forderungen formulieren.

Aus dem gewaltigen Gebiet der Probleme möchten wir nur einige Fragen herausgreifen. Schon bei oberflächlicher Betrachtung drängen sich besonders zwei Fragen in den Vordergrund:

1. Wie kann die Produktionsfähigkeit des Volkes auf die denkbare höchste Stufe gehoben werden?
2. Wo sind Umsatzmärkte für die geschaffenen Waren zu finden?

Sollen die verdeckten bringenden Folgen des Krieges nicht jahrzehntelang nachwirken, dann werden wir nach Friedensschluß in Abwärtung der enormen Menschenverluste geradezu heimlich mit den vertriebenen Arbeitskräften haushalten müssen. Als erste Frage taucht auf: Was ist für die Kriegsinvaliden und für die Hinterbliebenen der Gefallenen zu tun? Erfreulich ist, daß von allen Seiten anerkannt wird, es muß mehr gegeben werden als die Militärpensionsgesetze und die Militärhinterbliebenen-Berufungsgesetze bieten. Trotz dieser allgemein verbreiteten Erkenntnis wird es doch großer Mühe bedürfen, um das zu erlangen, was nötig ist. Ungeachtet alles Bohrwollens für die Invaliden und die Hinterbliebenen der Gefallenen steht ein festgewurzelter Werglaube in den Gemütern der

„wohlwollenden“ Menschen. Sie meinen, der Invalide darf nicht so viel haben wie der Gesunde, und die Hinterbliebenen dürfen nicht mehr haben als der Vater gehabt hätte, wenn er als Ganzinvalid weitergesezt hätte.

Gibt man dem Invaliden weniger als derselbe Mann, wenn er gesund geblieben wäre, gehabt hätte, dann gehen die Reste verbliebener Arbeitsfähigkeit bald völlig verloren, denn durch nichts wird die Arbeitsfähigkeit der Menschen schneller und mehr herabgedrückt, als durch den täglichen Kampf mit der Sorge um das tägliche Brot. Hier gilt es, daß Männer nach zwei Richtungen zu lenken: der Geschädigte muß vollen Ertrag für die materiellen Nachteile des an seiner Gesundheit erlittenen Schadens haben, und die Pension darf von wucherischen Ausbezügen nicht zu Lohnrückertei ausgenutzt werden. Während die Löfung der ersten Frage Aufgabe der Gesetzgebung ist, müßten für die zweite Frage die Gewerkschaften Vorbeugungsmaßregeln treffen.

Allgemein wird jetzt anerkannt, daß für die Höhe der Pension nicht allein, wie es bisher der Fall ist, der militärische Rang maßgebend sein darf, sondern daß man auch das Einkommen im bürgerlichen Leben mit berücksichtigen muß. Für die Pensionssteigerung sollte man aber noch ein weiteres Moment in Betracht ziehen, nämlich die Hinterschar, die der Invalide mit seiner Pension und seinem Arbeitseinkommen zu erhalten hat. Ein Vorbild bietet hierfür die Reichsversicherungsordnung. Nach § 1291 dieses Gesetzes erhalten die Empfänger von Invaliden- und Krankenrente für jedes unter 15 Jahre alte Kind eine Rentenerhöhung von 10 Prozent, bis zum Betrage von 50 Prozent der Stammrente. Der Betrag kommt also bei 1 bis 5 Kindern voll zur Auszahlung. Die finanzielle Wirkung ist keineswegs abschreckend. Es wurde 1913 an 145 970 Personen Invaliden- oder Krankenrente bewilligt. Von diesen erhielten 32 037 Personen (also 21,8 Prozent) Kinderzuschüttrente. Der Jahresbetrag der Kinderrente betrug 27 186 415 M. Die Kinderzuschüsse erreichten aber nur den Betrag von 1 432 247 M., also 5,27 Prozent der Stammrente. Höher als der Durchschnitt ist der prozentuale Anteil, wenn man nur die Rentenempfänger im Alter von unter 45 Jahren betrachtet, also die Arbeiterklassen, die für die Kriegsinvaliden allein in Frage kommen. Aber auch hier wird die Kinderrente mit einem Betrag von 12½ Prozent der Stammrente gedeckt.

Nach der starken Verwüstung von Menschenleben muß alle Arzt daran gefestigt werden, die heranwachsende Generation gesund zu erhalten. Von höchster Wichtigkeit sind daher die Hinterbliebenenrenten. Nach dem Militärhinterbliebenen-Berufungsgesetz sollen Witwen und Waisen nicht mehr erhalten, als der vollständig invalide Vater gehabt hätte. Das Hungerleid kinderreicher Familien würde schon gemildert, wenn man dem Vater Grundsatz, daß kinderreichen Familien die Einfürfe gekürzt werden, völlig brechen. Dieser Grundsatz hat nur dann einen Schein von Berechtigung, wenn man Beziege gibt, die neben der Ernährung noch einen Luxus gestatten. Gibt man aber nur die Beziege, die für die notwendige Ernährung und Kleidung dringend gebraucht werden, dann bedeutet jeder Abzug eine Verurteilung zum Hungern. Ein Kind braucht darum nicht weniger Schuhe, Kleidung und Nahrungsmittel, weil es noch kein Geschwister hat. Der finanzielle Gedanke, den das Reich durch solche Kürzung erzielt, ist minimal. Der Durchschnitt der Kinder in den mit Kindern gesegneten Familien ist 2,38. Das Reich gewinnt durch die Abzüge nur minimale Summen; das Elend aber ist in kinderreichen Familien um so größer, je zahlreicher die Hinterschar ist. Der Verlust, den die Gesellschaft durch das Verkommen dieser Kinder erleidet, steht in keinem Verhältnis zu dem Gewinn des Reiches an Ersparnis.

Einem erheblichen Teil der Kriegswaffen und zugleich der Waisen, die ihren Ernährer durch Krankheit verloren haben, könnte man helfen, wenn man den Waisen die Gelder geben würde, die man bei Schaffung der Reichsversicherungsordnung als wahrscheinliche Ausgabe für Waisenrente in Rechnung gestellt hat. In der Begründung dieses Gesetzes hat man angenommen, daß auf je 1900 Versicherte im Beharrungszustand 105,4 Waisen kommen werden. Um diese Ziffer zu erreichen, müßten wir jetzt bei 16,5 Millionen Versicherten einen jährlichen Zugang von rund 217 800 Waisen haben. Wie hatten aber 1914 trotz des Krieges nur einen Zugang von 75 600; auch wurden die Einnahmen aus der zur Durchführung der Hinterbliebenenversorgung vorgenommenen Beitragserhöhung viel zu niedrig angegeben. Wenn man für jedes Waisenkind eine Rente von durchschnittlich 130 M. gibt, dann kann das leicht aus den Summen bestreiten werden, die als wahrscheinliche Ausgabe an Reichszuschuß und an Leistungen der Sicherungsträger für Waisenrente in Aussicht gestellt wurden.

Mit diesen Mitteln kann man die Konsumfähigkeit der Kriegsinvaliden sowie der Witwen und Waisen steigern; man muß sich aber auch nach Mitteln und Wege umsehen, die Konsumfähigkeit der gesunden Arbeiter zu heben. Fast alle Produkte sind im Preise gestiegen, und es ist leider wenig Aussicht vorhanden, daß gleich nach dem Friedensschluß ein merklicher Rückgang der Preise eintrete. Passen sich die Preise nicht der Kaufmächtigkeit der Arbeiter an, dann müssen aber die Arbeiter danach streben,

die Löhne den Preisen anzupassen. Gut ernährte Arbeiter müssen wir haben, wenn wir die Produktionskraft steigern und im Konkurrenzkampf aufhalten wollen. Eine Art Monopolstellung in bestimmten Waren kann sich ein Land auf dem Weltmarkt nur erobern, wenn es Waren besserer Güte bringt als seine Konkurrenten. Nicht durch Billigkeit hat sich die deutsche optische Industrie, die Feinmechanik, die chemische Industrie usw. den Absatzmarkt erobert. Will man Waren von hervorragender Güte erzeugen, dann muß man aber Qualitätsarbeiter haben. Zweifellos ist in der deutschen Arbeiterklasse ein Menschenmaterial von solcher Intelligenz vorhanden, wie es kein anderer Industriestaat hat. Hier kann man durch gute Ausbildung und entsprechende Lebenshaltung Elitearbeiter erziehen. Wäre niedriger Arbeitslohn die beste Waffe im Konkurrenzkampf, dann würden China, Japan und Indien bald Europa und Amerika verdrängen. Und der beste Markt liegt nicht in nebelgrauer Ferne. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, daß der Außenhandel das Rückgrat der Produktion ist. Die steigenden Ziffern des Ausfuhrhandels haben bei vielen Leuten, selbst bei Nationalökonomen, den Gedanken aufkommen lassen, daß der Außenhandel den Innernhandel überflügelt. Große Zahlen blenden und führen leicht zu Trugslüssen. Im Ausfuhrhandel Deutschlands ist die Ausfuhr fossiler Brennstoffe die größte Menge. 1913 waren es mehr als 60 Prozent unserer Ausfuhr, soweit die Gewichtsmenge in Betracht kommt. Aber auch die Überschreitung der Wertsteigerung kann leicht Leute auf Irrewege führen. Es wurde ausgeführt 1882 für 70,7 Millionen Mark, 1895 für 149,1 Millionen Mark und 1907 für 395,5 Millionen Mark. Also 25 Jahre brachten eine Steigerung auf mehr als das Fünffache. Wie sieht aber das Bild aus, wenn man die Produktionszahlen neben die Ausfuhrziffern stellt? In der Hauptsache sind es Steinkohlen, eines der wenigen Produkte, über welches wir genaue Produktionsziffern haben. Produktion und Ausfuhr stehen im folgenden Verhältnis:

Geförderte Menge in Tonnen	Ausfuhr in Tonnen	Von 100 Tonnen wurden ausgeführt
1882 52 118 600	7 631 617	14,64
1895 79 169 300	10 360 888	13,08
1907 143 185 700	20 061 400	14,01

Der Ausfuhrhandel ist im ganzen ziemlich konstant. Er beweist höchstens, daß die Entwicklung in unsrer Absatzgebieten eine ähnliche gewesen ist wie bei uns.

Wahnsinnige Erscheinungen sehen wir auf allen Gebieten. Der Handelsverbrauch an Rohstoffen stieg stärker als die Ausfuhr der aus diesen Rohstoffen hergestellten Waren. Das sehen wir bei Spinnstoffen, Baumwolle, Wolle, Seide usw. Einen Versuch, festzustellen, für wieviel Beschäftigte die Ausfuhr überhaupt eine Bedeutung hat, machte das Statistische Amt des Reiches 1895. Es stellte bei allen ausgeführten Waren fest, von welchen Gewerbegruppen diese Waren hergestellt wurden und setzte nun die Zahl der in dieser Gewerbegruppe Beschäftigten daneben. Es kamen 72 Gewerbegruppen in Betracht. Von 100 Beschäftigten waren in diesen Gewerbegruppen beschäftigt: 1882 44,81, 1895 41,13 und 1907 36,86. In diesen Zahlen sind alle in diesen Gewerbegruppen Beschäftigten aufgeführt. So sehen z. B. unter den für Ausfuhr Beschäftigten sämtliche Bäcker, Fleischer, Tabakarbeiter usw. Bei den Tabakarbeitern kann man ziemlich genau feststellen, wieviel für Ausfuhr arbeiten. Es wurden z. B. 1907 973 900 Doppelzentner Tabak verbraucht. Ausgeführt wurden 6686 Doppelzentner Tabakfabrikate. Rechnet man, daß aus 100 Kilogramm Rohstoff 75 Kilogramm Fabrikate hergestellt werden, dann in 0,92 Prozent der Produktion ausgeführt. Zur Herstellung dieses Quantums sind wohl nicht 2000 Arbeiter erforderlich und doch stehen sämtliche 203 224 in der Tabakverarbeitung beschäftigte Personen unter den Exportarbeitern. Wahnsinn wird das Verhältnis bei den Bäckern und Fleischern sein.

Aber selbst bei den großen Exportindustrien kommen nur geringe Brüderleute der Produktion zur Ausfuhr. Bei der Textilindustrie, die für mehr als 1600 Millionen Mark Waren ausfuhrte, erreichte das Gewicht der ausgeführten Waren nicht einmal die Hälfte des Gewichts der eingeschafften Spinnstoffe.

Groß ist die Gruppe, die überhaupt nicht für die Ausfuhr arbeitet. Hierher gehören das ganze Baugewerbe, die Gast- und Hotelwirtschaft, Barbiere, Straßenbahnarbeiter, die Arbeiter in Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken usw. Der heimische Markt ist also das Gebiet, wo mindestens neun Zehntel unsrer Produktion abgeführt werden müssen. Diesen Markt einzufangen, ist darum eine der vornehmsten Aufgaben.

Hier treten dann Bedenklungen ein. Je besser die Arbeiter wirtschaftlich gestellt sind, um so mehr steigt ihre Leistungsfähigkeit. Bringt es, die Arbeiter auf eine höhere Kulturstufe zu bringen, als die Arbeiter anderer Länder erreicht haben, um so mehr Produkte werden wir erzeugen, die in Qualität die Produkte anderer Länder übertragen. Erfolg des Auslandsmarktes wird erst dann eintreten, wenn andre Länder bessere Waren liefern.

Sobald man an die praktische Durchführung der hier angeführten Fragen denkt, tauchen sehr viele Probleme auf, die fast alle Gebiete des sozialen und kulturellen Lebens berühren, so daß man Sünde fürchten müßte, wenn man alles das, was voraus möglich die nächste Zukunft bringen wird, nur andenken wollte. Die Arbeiter dürfen sich vor dem Tagessorgen nicht einfüllen lassen. Ihr Interesse ist es, daß auf allen Gebieten in Frage steht, Sie müssen, wo sie zusammenkommen, die Fragen beantworten, die für sie ein besonderes materielles Interesse haben. Das große Ziel ist, unjetzt mit politischen und kulturellen Leben auf jolgende Straße zu gehen, daß wir in dem Friedlichen Weltkrieg der Volke an die Spitze seien. Und auf diesem Gebiet der Siegerwillen mit derselben Leidenschaft propagiert, wie man es in dem vorigen Krieg getan hat, denn man der Erfolg nicht ausblieben.

## Schützt uns vor den Kartoffelwucherern!

Die Kartoffel ist das Fleisch und das Brot des armen Mannes. Ihre vielseitige Verwendungsfähigkeit, vor allem aber der im Vergleich zu den meisten anderen Nahrungsmitteln niedrige Preis haben die Kartoffel zum Hauptnahrungsmittel der arbeitenden Bevölkerung gemacht. Besonders in armen Gegenden ist der Kartoffelbau ganz ungemein groß. Bekannt ist ja der russische Bauer: Kartoffeln in der Erde — das Blatt in der Erde — das Herz in dem Kleid — Kartoffeln in alle Ewigkeit.

Ein sprechender Beweis dafür, daß besonders der billige Preis den starken Verbrauch der Kartoffeln fördert (daneben wirken natürlich noch andre Ursachen mit), ist die Tatsache, daß, wie zahlreiche Erhebungen gezeigt haben, der Kartoffelverbrauch immer im umgekehrten Verhältnis zum Einkommen steht. Familien mit hohem Einkommen brauchen im Durchschnitt weniger Kartoffeln als solche mit niedrigem Einkommen. Das ist klarlich erst wieder in Deutschland durch eine Umfrage festgestellt worden. Dort wurde für die Woche vom 2. bis 8. August der Kartoffelverbrauch für eine Anzahl von Familien aus den verschiedensten Erwerbsgruppen festgestellt. Das Resultat war folgendes:

Auf ein Familienmitglied entfiel ein täglicher Kartoffelverbrauch bei den

Oberbeamten . . . . .	401 g
mittleren Beamten . . . . .	579 g
unteren Beamten . . . . .	796 g
Angestellten und den Bureauhilfspersonen . . . . .	749 g
technischen Aufsichtspersonen . . . . .	754 g
gelehrten Arbeitern . . . . .	917 g
ungelernten Arbeitern . . . . .	1182 g

Das Einkommen der einzelnen Gruppen ist allerdings nicht ermittelt oder doch nicht bekanntgegeben worden. Doch bestehen kaum Zweifel darüber, daß eine Gruppierung nach dem Einkommen ungefähr dieselbe Reihenfolge ergeben würde. Die Oberbeamten mit ihrem geringen Kartoffelverbrauch würden auch dann obenan und die ungelernten Arbeiter, die fast dreimal soviel Kartoffeln essen wie die Oberbeamten, würden an letzter Stelle stehen. Die Kartoffel ermöglicht eben eine billige Ernährung, und sie erscheint um so häufiger da und dann auf dem Tisch, wo und wenn andre Nahrungsmittel zu teuer sind.

Aus solchen Feststellungen und Erwägungen folgt, daß die arbeitende Bevölkerung ein ganz außerordentliches Interesse daran hat, daß die Preise der Kartoffeln auch in der Kriegszeit so gehalten werden, daß wenigstens die Beschaffung dieses Nahrungsmittels allgemein möglich ist. Das Fleisch ist vom Tisch des Arbeiters fast verschwunden, viele andre Artikel sind gleichfalls einsach unerschwinglich geworden, das Brot wird zugeteilt und kann schon deshalb nicht als Ertrag für ausfallende Lebensmittel herangezogen werden. Also bleibt wirklich nur die Kartoffel. Werden auch diese noch weiter im Preise hochgetrieben, so drohen ganz unabsehbare Ernährungsschwierigkeiten für weite Kreise der Bevölkerung. Erhöhte Kartoffelpreise sind geradezu eine Lebensfrage geworden.

Leider scheint die Reichsregierung die ungeheure Wichtigkeit dieser Frage nicht zu erkennen, sonst würde sie nicht länger zögern mit ihrem Eingreifen. Denn es ist kein Geheimnis, daß schon wieder schmutzige Spekulanten und Geschäftsgächer aller Art sich bemühen, die Kartoffelpreise hochzutreiben. Auch die Landwirte nutzen die Situation. Sie fordern Preise, die weit über den Friedensstand hinausgehen, obwohl die Ernte nachweislich vorzüglich ist. Und sie ziehen rücksichtslos ihre Erzeugnisse vom Markt, wenn ihrem Preiswucher ein Ziel gesetzt werden soll. Darüber berichtete kürzlich die Tagespresse aus Tilsit ein erbäubliches Stück. Der Magistrat dieser Stadt hatte, um allzu unverschämten Preissteigerungen zu begegnen, höchstens für einige Lebensmittel festgelegt. Die Gutsbesitzer der Umgebung ließen daraufhin fast keine Lebensmittel mehr nach Tilsit, und die Frauen wurden, wie ein bürgerliches Blatt schreibt, der Verzweiflung nahegebracht. Die Gutsbesitzer und Bauern erklärten offen, es feile ihnen nicht ein, ihre Waren zu den Höchstpreisen abzugeben, sie schmierten die Butter lieber den Russen aufs Brot oder hielten sie als Wagenschmiere! Bei der Besprechung einer sozialdemokratischen Interpellation über diese Zustände sprach der Bürgermeister Kohde mit Schärfe gegen den agrarischen Lebensmittelwucher. Nach der „Tilsiter Allgemeinen Zeitung“ führte er u. a. aus: „Mit der Festsetzung von Höchstpreisen ist nur in begrenztem Umfang und auch nur gegen ganz bestimmte begrenzte Lebensmittel vorgegangen worden, als auf unsrem Tilsiter Markt Zustände sich entwidmeten, die in letzter Linie als unheilbar bezeichnet werden müssen. Es werden Preise für Lebensmittel des täglichen Bedarfs, und zwar wie die von uns in weitgehendem Maße befragten Sachverständigen übereinstimmend sagten, ohne jeden zwingenden Grund genommen, Preise, die in einem Verhältnis zu den Produktionskosten standen, sondern Preise, die lediglich eine für den Marktverkäufer günstige Situation anstreben. Und diese Ausnutzung der Situation erfolgte in rücksichtsloser Weise... Die Herrschaften, die als der Feind der Arbeit verüstet und ihre Gehöfte in Brand setzte, in den Mauern unserer Stadt Zuflucht suchten, wurden jedenfalls nicht so behandelt, wie sie uns jetzt behaufen.“

Die Moralpredigt wird kaum geholfen haben. Wenn es um den Gewinn geht, sind manche Leute ungemein schwerhörig. Der Bergang zeigt jedoch noch, daß die Festsetzung von Höchstpreisen durch einzelne Städte wenig Erfolg hat, oft nur den, daß Höchstpreisgebote von der Zukunft zu entblößen und dadurch noch größere Schwierigkeiten hervorzurufen. Die Höchstpreise müssen für das ganze Reich festgelegt werden. Damit ist nicht gesagt, daß sie im ganzen Reich gleichermaßen, vielmehr wird den durch viele Umstände bedingten Preisunterschieden Rechnung getragen werden müssen. Aber das geschieht ja auch beim Getreide. Der Kriegsausschuß für Konsum- und Interessen hat vor kurzem in einer Einigung an den Stellvertreter des Reichskanzlers, Dr. Delbrück, für die Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln erwogenweise Vorschläge gemacht. Danach soll bei der Festsetzung nicht von dem Wert der Kartoffel als Nutzmittel, sondern von den Erzeugungskosten und von der Zahlungsfähigkeit der Konsumenten ausgegangen werden. Der Erzeugungswert stellt sich auf den Berliner preußischen Nieselgütern auf etwa 1,25 Pf. für den Zentner. Wenn auch bei diesen Gütern infolge der höheren Löhne und der erheblichen Verzinsung und Amortisation des teuren Bodens in der Nähe der Großstadt (sog. der besseren Erzeugung) höhere Preise als bei den eigentlichen landwirtschaftlichen Großgütern bestmöglich sind, so will der Kriegsminister doch allen Erzeugern in Betracht der durch den Krieg veränderten Herstellungsbedingungen auf diesen Grundpreis einen Zuschlag von 100 Prozent, also einen Betrag von 2,50 Pf. zugestehen. Dem Großhandel sollen

hierzu 70 Pf. Aufschlag und dem Kleinhandel 60 Pf. Aufschlag gehoben werden, so daß sich der Betrag in der Verkaufsstelle beim Verkauf an die Verbraucher auf höchstens 3,80 Pf. stellen würde. Bei dem 10-Pfund-Berlauf soll der Kleinhandler statt des genannten Aufschlags von 6 Pf. einen solchen von 8 Pf. nehmen dürfen. Dies ist nach der Meinung des Kriegsausschusses das äußerste, was bei der Verkürzung aller notwendigen Nahrungsmittel den Verbrauchern zugemutet werden kann. Die vom Staatssekretär Dr. Delbrück im Reichstag angedeuteten Höchstpreise nebst einer begrenzten Spannung nach oben und unten für bestimmte Erzeugungsgebiete sollen sich unter den genannten Preisen bewegen. Die Preisunterschiede für die verschiedenen Sorten müßte der Bundesrat bestimmen. Auf alle Fälle sollen, auch zum Schutz des Handels gegen Überraschungen, die Höchstpreise für Groß- und Kleinhandel gleichzeitig festgelegt werden. Die Reichsregierung für Kartoffelversorgung soll nach Auffassung des Konsumenten-Ausschusses zum Ausgleich zwischen Überschuss- und Bedarfssbezirken beibehalten werden. Ferner legt er Wert auf eine einwandfreie Feststellung der Kartoffelbestände und auf die Verleihung der Enteignungsbefugnis an die Gemeinden. Diese sollen auch angehalten werden, Vorräte für die arme Bevölkerung bereitzustellen, die aus eigenen Kräften eine Versorgung für den Winter nicht vornehmen kann. Mit diesen Beständen werden die Gemeinden dann auch nötigenfalls imstande sein, auf zu hohe, durch die Marktpreise nicht gerechtfertigte Verkaufspreise im freien Handel zu drücken.

Nothwendig ist vor allem, daß bald eingegriffen wird. Wenn die Kartoffeln erst in der dritten Hand sind, ist es sehr viel schwieriger, zu einer einwandfreien Regelung zu kommen. Faßt die Regierung diese Frage herhaft an und gelingt es ihr, die Bevölkerung vor den Kartoffelwucherern zu schützen, so hat sie einen Erfolg errungen, der den größten Sieg auf dem Schlachtfeld mindestens aufwiegt.

## Die Frau aus dem Volke im Kriege!

Nicht von den Frauen und Mädchen der sogenannten besseren Stände soll hier die Rede sein, die in eleganten Halbschürzen mit hohen Absätzen, in lockt durchbrochenen Strümpfen mit zierlich abgemessenem Schritt einhertrippeln, sondern von der Frau aus dem Volke, die sich in dieser Kriegszeit so glänzend bewährt hat. Wohl war auch sie von dem furchtbaren Wettersturm, der im Hochsommer des Vorjahres über uns hereinbrach, betäubt, verwirrt; als aber der Mann, der Vater der unmündigen Kleinen, mit einem leichten, festen Händedruck den heimischen Herd verlassen, da unterdrückte sie das heiße Abschiedswell. Sie blickte auf die ihr als teuerstes Vermächtnis hinterlassenen Kinder, denen sie nun beides sein mußte, Vater und Mutter und wurde stark!

Die Seele, die er eben geweckt, mußte der Bauer hinlegen, und dafür das Gewehr ergreifen. Da nahm sie sein Weib und schaffte es, als sei es niemals anders gewesen. Sie nahm das treue Haustier an die Leine und schaffte die kostbare Ernte, das heilige Brot für uns alle, unter das schützende Dach; sie sät die neue Saat, das kommende Brot, für die da draußen und uns.

Als nach den sich überstürzenden Ereignissen der ersten Kriegswochen, nach jäh verlöschter Hoffnung auf baldigen Frieden, eine bange Stille und Ungezwölftheit eintrat, als immer mehr und mehr die Männer, Väter, Söhne und Brüder von ihren Arbeitsstätten weg zu den Fahnen eilen mußten, da vergaß die Frau, daß sie ein schwaches Weib war: Sie drehte Stahl und Eisen, das das Land zur Wehr brachte; unermüdlich fertigte sie in Tag und Nachtshichten, was die Wehrkraft unsrer Soldaten draußen in der Front und in den Kasernen daheim erforderte!

Und Welch Stille, traurige Arbeit hat sie schon daheim, bei nächtlichem Lampen, ja Kerzenschimmer für den Heeresbedarf geleistet! Es wird immer ein schwarzes Blatt im Buche der Menschheit bleiben, wie so schlecht ihr diese Arbeit gelohnt wird von manchen Kapitalisten, die auch in diesem schwersten aller Kriege nichts von ihrer Unerlässlichkeit verloren haben. Daheim schafften die, die durch die Kinder ans Haus gefestelt; andre erlegten dem Staat, der Stadt die zum Kriegsdienst eingezogenen Kräfte. Wie steht die Frau so sicher an den Schranken der Bahnhöfe! Hat sich die Schaffnerin auf der Elektrischen in schlichter Jacke und Kappe nicht schon so in das Straßenbild eingefügt, als sei es nimmer anders gewesen? Und würden es ihrer immer noch mehr und mehr, wenn sie sich nicht trefflich bewährt hätten? Hier werden die Gegner der Frauenbewegung umzulernen haben, denn die meisten ihrer Argumente sind schlagend widerlegt worden. Und wer weiß, was noch alles kommt, an welchen Plätzen, die ihr jetzt noch verbreitet, die Frau ihre große Verwendungsfähigkeit und ihr Anpassungsvermögen noch trefflich erweist!

Was sie nun geschafft für die Allgemeinheit, wie sie es schaffen und noch schaffen werden: sie taten es gern, ohne lange zu fragen, und sie wollen keinen besonderen Lohn. Aber nicht mehr wie recht und billig ist es, daß nach dem Kriege, wenn sie den heimkehrenden Männern die so treu verhalteten Plätze wieder freimachen und in ihren natürlichen Wirkungskreis zurückkehren, sie auch die nicht nur in tönenenden Worben, sondern auch in bestreitendem Handeln sich tatkräftig erweisende Anerkennung finden und — erhalten werden, die ihnen bislang von den berufenen Stellen versagt waren. Denn sie haben es bewiesen, daß sie dem Mann gleichfehlen in fühlbarem Ernst der Auffassung einmal übernommener Pflichten, in Ausdauer, Tatkraft und Treue!

Marie Schlee.

## Die Einwirkung der Notgesetze vom 4. August auf die Arbeitslosigkeit unter den Arbeiterinnen.

Doch der Krieg Änderungen im Erwerbsleben hervorruft muss, die gesetzliche Maßnahmen, teils durch Aufhebung bestehender Schutzvorschriften, teils durch Erlass neuer Bestimmungen notwendig machen, wobei Kriegsbeginn vorauszusehen. Deshalb hat der Reichstag in seiner ersten Kriegstagung am 4. August 1914 auch zu den hierauf bezüglichen Änderungen eine Reihe von Arbeiterschutzbestimmungen während des Krieges auf Antrag ander Kraft zu setzen. Es handelt sich in der Hauptsache um die für die Beschäftigung der Arbeiterinnen, jugendlichen Arbeitern und Kindern unter 14 Jahren geltenden Vorschriften der Gewerbeordnung. Nach diesen dürfen Kinder unter 13 Jahren überhaupt nicht und im Alter zwischen 13 und 14 Jahren nur 6 Stunden täglich be-

Schäftigt werden. Junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren dürfen nicht länger als 10 Stunden am Tage arbeiten. Für sie enthält die Gewerbeordnung außerdem Vorschriften über Arbeitspausen und Nachtruhe. Für erwachsene Arbeiterinnen ist die tägliche Beschäftigung ebenfalls nur während der Dauer von 10 Stunden täglich erlaubt. Sie darf nicht vor 6 Uhr morgens beginnen und muß bis spätestens 8 Uhr abends beendet sein. An Sonnabenden und Vorabenden von Feiertagen darf die tägliche Arbeitszeit nur 8 Stunden betragen, und sie muß um 5 Uhr abends beendet sein. Heimarbeit an Werkstattarbeiterinnen mit nach Hause zu geben, ist nur dann erlaubt, wenn die Heimarbeit in Verbindung mit der Werkstattarbeit die betreffende Arbeiterin nicht länger als höchstens 10 Stunden beschäftigt. Arbeiterinnen dürfen nicht zum Transport von Materialien bei Bauten und im Bergbau nicht unter Tage beschäftigt werden. Für den Bergbau und eine Reihe anderer Berufszweige bestehen außerdem besondere Vorschriften bzw. Verbote für die Beschäftigung weiblicher Personen.

Diese Vorschriften behalten trotz des Notgesetzes Geltung auch in der Kriegszeit. Nur auf besonderen Antrag können einzelne oder sämtliche Bestimmungen außer Kraft gesetzt werden. Die Genehmigung hierzu hat der Reichstag gegeben in der Voraussetzung, daß der Krieg eventuell Situationen schaffen könne, wo die zur Verfügung stehenden Arbeiter zur Bewältigung der notwendigen Arbeiten nicht ausreichen und die Heranziehung von Arbeiterinnen in dem nötigen Umfange durch die geltenden Gesetzesvorschriften nicht möglich ist. Auch die Vertreter der arbeitenden Bevölkerung im Reichstage mußten eipsehen, daß unter Umständen dadurch großer Schaden entstehen könne, und auch sie gaben deshalb ihre Zustimmung zur zeitweiligen Außerkräftsetzung der betreffenden Vorschriften. In den vorausgegangenen Besprechungen wurde von einem Regierungsvertreter ausdrücklich erklärt, daß Ausschaltung der Vorschriften nur dann eintreten solle, wenn Mangel an Arbeitskräften dies bedinge.

Nun haben in der Tat während des Krieges eine Reihe von Berufen und Betrieben so stark zu tun gehabt, daß eine längere Beschäftigung der Arbeiterinnen erforderlich wurde, um so mehr, als ja durch die Einziehung des Landsturms Tausende von Männern den Betrieben entzogen waren. Wenn also in einer Reihe von Fällen Erlaubnis zum Außerkraftsezen der gesetzlichen Vorschriften für die Beschäftigung von Arbeiterinnen gegeben worden ist, so war dies wohl berechtigt. Nicht berechtigt aber ist es, die Erlaubnis dazu zu erteilen, wenn soviel Arbeitskräfte vorhanden sind, daß nicht alle verwendet werden können.

Das aber ist jetzt der Fall. In verschiedenen Berufen, selbst in solchen, die eine Zeitlang stark zu tun hatten, sind die Aufträge zurückgegangen, und auch hier, z. B. in der Leberbranche und in der Metallindustrie, gibt es jetzt viele Arbeitslose. Beschäftigungslose Männer sind freilich nur wenige vorhanden, recht häufig besteht vielmehr ein Mangel an qualifizierten Arbeitern. Aber Arbeiterinnen sind jetzt bereits in großer Zahl ohne Beschäftigung und ohne Verdienst, und auf der andern Seite werden noch immer zahlreiche Frauen und Mädchen weit über die in normalen Zeiten gesetzlich zulässige Grenze und weit über das ihnen gesundheitlich zuträgliche Maß beschäftigt. Eine Anzahl Arbeiterinnen arbeitet also nahezu Tag und Nacht und andre finden keinen Platz, ihre Arbeitskraft zu verwenden. Das ist in dieser Zeit besonders traurig, weil der Lebensunterhalt fürchtbar teuer und die Zahl derjenigen Frauen so groß ist, die ganz aufs Verdienen angewiesen sind oder die mit ihrer Kriegsunterstützung oder mit der Hinterbliebenenrente allein nicht auskommen.

Es wäre deshalb dringend notwendig, daß die Stellen, die über Außerkraftscheine der Arbeiterschutzbefreiungen entscheiden, vor der Entscheidung genau prüfen, ob tatsächlich ein Mangel an Arbeitskräften vorhanden ist, und nur dann die Erlaubnis dazu geben. Auch dürfte diese Erlaubnis nicht für die Dauer des Krieges erteilt werden, sondern immer nur für kurze Zeit. Dann müßte jedesmal nachgeprüft werden, ob die Verhältnisse sich nicht geändert haben, ehe den Betrieben weiter gestattet wird, Arbeiterrinnen länger zu beschäftigen, als vor dem Kriege üblich war. Dasselbe ist natürlich auch für die Ausschaltung des Schutzes für jugendliche Arbeiter und Kinder zu fordern.

Vor der Entscheidung sollen die Gewerbeinspektoren gehört werden. Diese werden aber allein nicht in der Lage sein, den Stand des Arbeitstaktes richtig zu beurteilen. Die besten Kenner auf diesem Gebiete sind die Vertreter der Arbeiterorganisationen. Deshalb müßten diese erangezogen werden, wenn festgestellt werden soll, ob die Anforderungen um Aufzertifikate gegen Bestimmungen des Arbeiterschutzes berechtigt sind.

Seit haben wir bereits wieder mit einer erheblichen Arbeitslosigkeit zu rechnen. Die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes, die Ende Juni d. J. stattfand, hat aus diesem Grunde den Verbandsvorstand beauftragt, Schritte zu unternehmen, die die Schubvorschriften der Gewerbeordnung wieder einführen. Dabei gehört gerade die Metallbranche zu den Berufen, die während des Krieges stark beschäftigt waren. Wenn sich aber hier schon zeigt, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften geringer geworden ist, wievielmehr Arbeitskräfte müssen erst in den Berufen ohne Beschäftigung bleiben, die nicht oder nur wenig für Heeresförderungen in Frage kommen.

Leider läßt die Zersplitterung der Arbeitsvermittlung und die Tatsache, daß der größte Teil der weiblichen Arbeitskräfte noch immer unter Ausschaltung der Arbeitsnachweise vermittelt wird, nicht leicht den Umfang der Arbeitslosigkeit erkennen. Fest steht aber, daß bereits jetzt schon eine recht erhebliche Arbeitslosigkeit vorhanden ist. Diese könnte einem beträchtlichen Teil eingeschränkt werden, wenn die Vorschriften der Gewerbeordnung über den Arbeiterinnen- und den Jugendschutz wieder in Kraft gesetzt würden. Es ist auch damit zu rechnen, daß Betriebe die Vorschriften nicht anwenden, obgleich sie keine Erlaubnis zu haben; teils weil sie nicht genau informiert sind und teils, weil mit der Unkenntnis der Arbeiterinnen rechnen, die sie dazu führt, sich mit Dingen abzufinden, die ihnen geboten werden. In manchen Fällen wird auch auf diese Weise die Arbeitslosigkeit erhöht werden.

Die jetzt vorhandene Arbeitslosigkeit unter den Arbeiterinnen ist nur  
sweise eine Folge mangelnder Aufträge. Zu einem andern Teil wird  
verursacht durch die Erlaubnis, die Arbeiterinnenschutzbestimmungen  
d. die Vorschriften des Jugend- und Kinderschutzes auszuhalten zu  
lassen. Da solche Handhabung des Notgesetzes vom 4. August eine  
seitliche Schädigung der arbeitenden Bevölkerung bedeutet, die beim Erlass  
nicht beabsichtigt war und die in der jetzigen schweren Zeit besonders  
schwerwiegend ist, so sind die Arbeiterinnen an den Bemühungen der gewer-  
bstlichen Organisationen besonders interessiert, die darauf gerichtet sind,  
die Erlaubnis von der Bewilligung zur Längerbeschäftigung von Arbeite-  
rinnen von dem Bedarf hierzu und dem Stande des Arbeitsmarktes ab-  
hängig zu machen.

 Aus der Industrie

## Zur wirtschaftlichen Lage der sächsischen Papierarbeiter während der Kriegszeit.

Bon unsrer Gauleitung in Dresden wurde Anfang Juni d. J. eine Umfrage über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Papierarbeiter im Königreich Sachsen veranstaltet. Die Erhebung erstreckt sich auf die Zahl der beschäftigten Personen vor Ausbruch des Krieges und zu Anfang Juni 1915, über die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung von seiten der Arbeitgeber, über Lohn erhöhungen, Gewährung von Leutungszulagen und Lohnreduzierungen sowie über die Unterstützung der Familien zum Heer eingezogener Arbeiter durch ihre seitherigen Arbeitgeber. An den Ermittlungen haben sich 11 Zahlstellen mit 27 erfassten Betrieben beteiligt. Wohl ist die Beteiligung der Zahlstellen eine mangelhafte, doch dürfte der Grund der Nichtbeteiligung in den durch die Kriegslage geschaffenen Verhältnissen zu suchen sein. Fortwährender Wechsel innerhalb der Ortsverwaltungen und der Ver-

trauensmänner für Verschafteien er schwetet die Aufnahmen derartige Ermittlungen. Immerhin kommt in dem zusammengetragene Material die wirtschaftliche Lage während der Kriegszeit für einen Teil der sächsischen Papierarbeiter recht brauchlich zum Ausdruck.

In den 27 Betrieben waren am 1. August 1914 4722 Arbeiter und 2458 Arbeiterinnen, zusammen 7180 Personen, beschäftigt; am 1. Juni 1915 dagegen nur noch 3240 Arbeiter und 1612 Arbeiterinnen, zusammen 4852 Personen, so daß eine Abnahme von 2328 Personen oder rund 32 Prozent zu verzeichnen ist. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist um 1382 oder um rund 28 Prozent, die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen um

946 oder um rund 38 Prozent zurückgegangen. Bei einige Firmen, so bei Weidenmüller in Dreitwerden, ist der Arbeiterstam um 50 Prozent, bei May & Edlich in Leipzig sogar um mehr als 60 Prozent zurückgegangen. Der Arbeiterrückgang ist sowohl auf Produktionseinschränkungen als auch auf Mangel an ausgebildeten Arbeitern zurückzuführen. In der Papierfabrikation mit ihren schnellaufenden und komplizierten Maschinen werden vorwiegend jüngere Arbeiter beschäftigt, die durch jahrelange Tätigkeit sich Spezialkenntnisse der verschiedensten Papierarten angeeignet und in der Bedienung der Maschinen eine gewisse Routine erworben haben. Mit unausgebildeten Arbeitskräften exalte produktive Arbeit zu leisten, ist hier sehr schwer. Die jungen eingesetzten Arbeiter sind aber meist zum Kriegsdienst eingezogen. Deshalb müssen vielfach auch die ungeübten Arbeiter und die Arbeiterinnen feiern.

Die Unternehmer, deren Hab und Gut von den Söhnen des Volkes auf den Schlachtfeldern mit verteidigt wird, haben als die wirtschaftlich Stärkeren die moralische Pflicht, die zurückgebliebenen Frauen und Kinder ihrer zum Heeresdienst eingezogenen Arbeitnehmer nach Kräften zu unterstützen. Dieser patriotischen Pflicht sind von den 27 erfassten Betrieben 19 nachgekommen, wie aus nachstehender Aufstellung ersichtlich ist.

Bahlstelle	Firma	Kriegs-Unterstützung an Frauen				Die Unterstützung wurde gewährt
		monatl. Mr.	wöchentl. Mr.	monatl. Mr.	wöchentl. Mr.	
Aue	Secare-Mollen-Papier-Fabrik, Aue	12	—	4	—	seit Kriegsausbruch
Dresden	Buntpapierfabrik Kreitschmar	—	4	—	1	
Dresden	Krause & Baumann, Chromopapierfabrik	—	3	—	1	bis 1. Juni 1915
Geithain	Max Unger, Pappenfabrik, Frohburg	—	5	—	1	seit Kriegsausbruch
Leipzig	Chromopapierfabrik vorm. G. Majorek	—	7-15	—	—	bis Weihnachten von da an 3 Mr. weniger
Leipzig	Chromopapierfabrik Garazim	—	—	—	—	seit Kriegsausbruch
Leipzig	Schulze & Niemann	—	6	—	—	
Leipzig	May & Edlich	—	6-10	—	—	
Lunzenau	Chr. Braun, Papier- und Pappenfabrik Hochburg	9	—	—	—	
Lunzenau	Papierfabr. W. Vogel	—	5	—	1	
Mügeln b. Dr.	Krause & Baumann, Chromopapierfabrik	—	8	—	1	bis 1. Juni 1915
Mügeln b. Dr.	Gässeröder Papierfabrik Heidenau	12	—	4	—	seit Kriegsausbruch
Mügeln b. Dr.	Papierfabr. Röttemich	—	—	—	—	
Mügeln b. Dr.	Bellstofffabrik Hösch & So., Pirna	10	—	3	—	
Mügeln b. Dr.	Papierfabrik Hugo Hösch, Königstein	12	—	3	—	vom 1. Juli 1915 an nur noch die Hälfte
Mügeln b. Dr.	Seidenpapierfabrik Flügeln	—	—	—	—	seit Kriegsausbruch
Nossen	Gebr. Kühn, Klostermühle, Papierfabr.	—	—	—	—	
Nossen	Nossener Papierfabr.	20	—	—	—	
Penig	Patentpapierfabrik	—	10	—	—	
Pl. Grund	Freiberger Papierfabrik Weissenborn	—	1-7	—	—	(früher 12 Mr. pro Woche)
Pl. Grund	Wellpappenfabrik Fedor Schön, Gittersee	—	—	—	—	seit Kriegsausbruch
Pl. Grund	Papier- und Pappenfabrik Mohn, Klingenberg	—	—	—	—	bis 1. Juni 1915,
Pl. Grund	Thörlsche Papierfabr. Hainsberg	9	—	4	—	von da an 0,75 bis 5. Mr.
Waldheim	Papierfabr. Weidenmüller, Dreiswerden	8	—	3	—	seit Kriegsausbruch
Waldheim	Kübler & Nietzhammer, Papierfabriken	—	—	—	—	
Wurzen	Papierfabrik Heinr. Böda	—	—	—	—	
Wurzen	Papierfabrik Wied & Söhne, Paradies	10	—	—	—	pro Woche und Per- son 2 Kilo Brot

Während acht Firmen die Unterstützung der Kriegerfamilien ganz für überflüssig hielten, haben im Laufe der Zeit drei der Unterstützungszahlenden Firmen dieselbe ganz eingestellt und weitere vier Unternehmungen die gewährten Kriegsunterstützungen empfindlich gekürzt. Das fällt in einer Zeit, wo die Kaufkraft des Geldes erheblich gesunken ist, weil der Lebensmittelwucher in vollster Blüte steht, schwer ins Gewicht. Bezeichnend ist die Freigebigkeit der Firma Kübler & Niethammer, der größten Firma der sächsischen Papierindustrie, gegen die Frauen ihrer zum Kriegsdienst eingezogenen Arbeiter. Die Firma, deren Director Hofrat Riefe in Ziebstein, vor einigen Wochen für hilfreiche Nachstenliebe mit der Carola-Medaille ausgezeichnet wurde, unterstützt die Kriegerfrauen freischafft mit — Brotmarken. Auf Versuche einzelner Unternehmer, die Kosten ihrer Kriegsfürsorge die Arbeiterschaft durch

Als kurz nach Kriegsausbruch Betriebsstörungen in größerem  
Umfange ethebliche Arbeitslosigkeit hervorriefen, waren auch manche  
Unternehmer bestrebt, die wirtschaftlich Schwächeren in ihrem  
Existenzkampf zu unterstützen. Zu jenen Firmen, die bemüht waren,  
die unverschuldete Arbeitslosigkeit ihrer Arbeiter zu mindern, ge-  
hören auch die folgenden drei Firmen der Papierindustrie, die ihren  
Arbeitern durch Gewährung von Arbeitslosenunterstützung ihre  
wirtschaftliche Lage erleichterten:

Firma	Arbeitslosen-Unterstützung pro Woche an		Die Unterstützung wurde gezahlt
	Arbeiter	Arbeiterinnen	
Max Unger, Pappensäbr., Frohburg	8 M.	5 M.	bis 1. Mai 1915
Chromopapierfabrik vorm. G. Ma-			
jork in Leipzig	10—15	8—12	bis Ostern 1915
Schulze & Niemann in Leipzig :	15	6	auf die Dauer von 9 Wochen

Nachstehende tabellarische Uebersicht über die Gewährung von Lohn- und Leistungszuschlägen sowie über Lohnkürzungen diene unseren Kollegen zur Orientierung.

Bahnhofsstelle	Firma	Leistungszulagen, Lohn- erhöhungen und Lohn- abzüge pro Woche			Bemerkungen
		Leistungszulage Mtl.	Lohn- erhöhungen Mtl.	Lohn- abzüge Mtl.	
Aue	Secare-Rollen- Papierfabrik	—	—	—	
Dresden	Buntpapierfabr.	—	—	—	
Dresden	Kretschmar	—	—	—	
	Krause & Bau- mann, Chromo- papierfabr.	1—1,50	—	—	Ohne Kinder 1 Mtl., m. 2 Kind. 1,25 Mtl. und über 3 Kinder 1,50 Mtl. pro Woche
Geithain	Max Unger, Pappensfabrik, Großburg	—	6	5	Lohnabzüge bis zu 5 Mark pro Woche, seit Mai 1915 pro Woche 6 Mtl. Lohn- erhöhung
Leipzig	Chromopapier- fabrik vorm. G. Majorek	—	—	—	Lohnerhöhung laut Tarif
Leipzig	Chromopapier- fabrik Garazim	—	0,60	—	Lohnerhöhung laut Tarif
Leipzig	Schulze & Nie- mann	—	0,50—1	—	Arbeiterinnen erhält. 5 Stund. extra ver- gütet, Altkordarh. 9% Leistungszul.
	May & Edlich	—	9%	—	
Lunzenau	Chr. Braun, Pa- pier- und Pap- penfabrik, Nöckesburg	—	—	—	
Lunzenau	Papierfabrik W. Vogel	0,60 bis 1,20	—	—	
Mügeln b. Dr.	Krause & Bau- mann, Chro- mopapierfabr.	0,60	—	—	D. Arbeit. unt. 42 Pf. Stundenlohn 1 Pf. Zulage, die an- dern nichts
Mügeln b. Dr.	Hasseröder Pa- pierfabrik	1—2	0,60	30%	Lohnabzüge die ersten 10 Kriegswochen. Ab 1. 2. 1915 1 Pf. pro Stunde tarifl. Lohnzuschlag
Mügeln b. Dr.	Papierfabrik Kötterwitz	1—2	—	—	Leistungszul. Ledige 1 Mtl. steigt je nach Kinderzahl auf 2
Mügeln b. Dr.	Cellulosefabrik Hösch, Pirna	1—1,50	1,20	—	Ab 1. Mai 2 Pf. Lohn- erhöhung. Wer unter 6 Mtl. pro Tag ver- dient 1,50 Mtl. Leis- tungszulage
Mügeln b. Dr.	Papierfabrik Hösch, König- stein	—	—	—	Ledige und Frauen erhält. keine Leis- tungszulagen.
Mügeln b. Dr.	Seidenpapier- fabrik Flügeln	1—1,25	—	—	
Nossen	Nossener Papier- fabrik	1,20	—	—	
Nossen	Geb. Schün, Klosternühle,	—	—	40%	Durch Entziehung d. Prämien b. z. 40% Lohnkürzungen
Penig	Papierfabrik Patentpapier- fabrik	—	—	30%	Lohnkürzungen bis zu 30 %
Pl. Grund	Freiberger Pa- pierfabrik, Weichenborn	—	—	—	
Pl. Grund	Fedor Schön, Gittersee, Wellspappen- fabrik	1,20	—	—	
Pl. Grund	Papier- u. Pa- pervfab. Mähn, Klingenberg	—	—	—	
Pl. Grund	Thürische Pa- pierfabrik, Hains- berg	—	—	—	
Waldbheim	Papierfabrik Weidenmüller	—	10%	—	Lohn d. Geuermanns v. 21 Mtl. pro Woche
Waldbheim	Dreierwerden	—	—	—	a. 26 Pf. Stunden- lohn verkürzt
Waldbheim	Kübler & Diet- hammer, Pa- pierfabriken	—	—	10-30%	Ab 15. 4. 1915 10% Leistungszulage
Wurzen	Papierfabrik Heinrich Beda	—	—	—	Durch Abschaffung d. Prämien 10-30 % Minderverdienst
Wurzen	Papierfabrik Wiede & Söhne	—	—	—	
	Wanschweik	—	—	—	

Die Firma Krause & Baumann in Dresden und Heidenau gewährte ihren verheirateten Arbeitern eine einmalige Mietunterstützung von 20 M $\ell$ . und an Witfrauen eine solche von 10 M $\ell$ . Die Firma Unger in Frohburg scheut sich angeblich nicht, die Kosten ihrer Arbeiterwohlfahrt von ihrer Arbeiterschaft tragen zu lassen, indem sie Lohnabzüge bis zu 5 M $\ell$ . pro Woche ihren Arbeitern gemacht haben soll. Die Chromophapierfabrik vorm. G. Majore in

Leipzig zahlte die Arbeitslosenunterstützung nicht an alle ihre Arbeiter gleichmäßig; wer über 1 Jahr bei der Firma tätig war, erhielt 10 Mf., bei einer Tätigkeit über 5 Jahre 12 Mf. und mit 10 Jahren und darüber 15 Mf. pro Woche. Arbeitertinnen erhielten einige Mark weniger. Vom Januar 1915 an wurden die Sätze für Arbeiter auf 7,50 bis 12 Mf. pro Woche erniedrigt und zu Ostern die Unterstützungen eingestellt. Die Rössener Papierfabrik gewährte außer der Geldunterstützung ihren Kriegerfamilien zu Weihnachten noch ein Geschenk von 25 Rentner Kohlen, suchte sich aber durch Entziehung der Fabrikationsprämien, die einer Lohnkürzung der übrigen Arbeiterschaft bis zu 40 Prozent des Verdienstes gleichkam, zu entshädigen. Auch die bekannte Firma Weidenmüller, ebenfalls eines der größten Werke der Papierfabrikation in Sachsen, die einigen Arbeitersfamilien freie Wohnungsglegenheit bot, hat die Löhne ihrer Arbeiterschaft durch Prämienkürzung resp. Abschaffung derselben um 10 bis 30 Prozent reduziert, später allerdings eine teilweise Prämienzahlung wieder eingeführt. Die Arbeiterschaft der Firma Matz & Edlich in Leipzig erhielt durch Einchränkung der Arbeitsdauer auf 3 Tage pro Woche eine empfindliche Lohnreduzierung, die die Firma durch Gewährung eines neunprozentigen Aufschlages, auf Allordlhöhe und Mehrvergütung von wöchentlich 5 Arbeitsstunden an Lohnarbeiter und

Arbeiterinnen zu mischen suchte. Die Arbeiter der Hasseröder Papierfabrik in Heidenau mussten die ersten 10 Wochen nach Ausbruch des Krieges eine dreißigprozentige Lohnkürzung mit in Kauf nehmen; nach dieser Zeit wurden die tariflichen Löhne wieder gezahlt. Auf eine Eingabe unserer Zahlstellenleitung in Mögeln gewährte diese Firma von Mitte Mai an eine wöchentliche Leistungszulage von 2 Pf. an verheiratete Arbeiter mit 4 Kindern, 1,80 Pf. an solche mit weniger als 4 Kindern, 1,20 Pf. an ledige Arbeiter und 1 Pf. an Arbeiterinnen. Die Zellulosefabrik Hösch & So. gewährte für alle Beschäftigten, die täglich unter 6 Pf. verdienen, eine Leistungszulage von 1,50 Pf. pro Woche für Arbeiter und 1 Pf. für Arbeiterinnen. Eine Lohnkürzung bis zu 30 Prozent wurde den Arbeitern der Firma Gebrüder Kühne in Klostermühle aufgezwungen.

Den Leistungszusammenhängen haben außerdem noch Rechnung getragen durch Lohnherhöhungen die Firma Krause & Baumann in Dresden an 25 Kollegen 1 Pf. pro Stunde Lohnzulage und an sämtliche Beschäftigten eine wöchentliche Leistungszulage von 1 Pf. für Arbeiterinnen, ledige und verheiratete Arbeiter ohne Kinder, 1,25 Pf. für Arbeiter mit 2 Kindern, und 1,50 Pf. für Arbeiter mit drei und mehr Kindern. Die Firma Unger in Frohburg, die bis Mai ihre Arbeiter durch Lohnabzüge zur Arbeitslosenunterstützung herangezogen hatte, ließ später eine wöchentliche Lohnzulage von 6 Pf. eintreten. Laut Tarif erhielten die Arbeiter der Chromopapierfabrik Harazim in Leipzig 1 Pf. pro Stunde Lohnherhöhung; desgleichen bekamen die Kollegen der Firma Schulze & Niemann in Leipzig eine tarifliche Lohnherhöhung von 1 Pf. die Kolleginnen von 50 Pf. pro Woche. Die Papierfabrik W. Vogel in Dünzenau hat ihrer Arbeiterschaft je nach der Kinderzahl Lohnherhöhungen von 1, 1½ und 2 Pf. pro Stunde gewährt. Krause & Baumann in Heidenau haben denselben Arbeitern, deren Lohn noch unter 42 Pf. pro Stunde beträgt und die mindestens 8 Wochen bei der Firma beschäftigt sind, pro Stunde 1 Pf. Lohnzulage gegeben. Am 1. Januar 1915 sollte die Hasseröder Papierfabrik zu Heidenau eine tarifliche Lohnherhöhung von 10 Pf. pro Tag eintreten lassen, was die Firma augenscheinlich vergessen hatte. Nach Einspruch unserer Geschäftsleitung trat die Lohnherhöhung am 1. Februar in Kraft. Einem Lohnauflösung von 2 Pf. pro Stunde hat die Zellulosefabrik Hösch in Pirna und Heidenau am 1. Mai für alle Beschäftigten eintreten lassen. Die Seidenpapierfabrik Flügel hat gleichfalls 2 Pf. pro Stunde Lohnauflösung genehmigt. In der Freiberger Papierfabrik in Weizendorf bekamen die Arbeiter 2 Pf. pro Stunde Lohnzulage, dagegen gingen die Altstandarbeiter leer aus. Einem allgemeinen zehnprozentigen Lohnauflösung befanden die Beschäftigten der Thüringischen Papierfabrik in Hainsberg.

Mit Hilfe ihrer gut ausgebauten gewerkschaftlichen Organisation ist es unseren Berufskollegen in Sachsen nicht nur gelungen, Lohnkürzungen auf wenige Fälle zu beschränken, sondern teilweise noch Lohnherhöhungen zu erlangen, die ihnen das Durchhalten in dieser durch Preiswucher noch erschwerten unglücklichen Kriegszeit erleichtern. Anerkannt soll werden, daß einige Unternehmer auch freiwillig den Zeitverhältnissen durch Lohnherhöhungen Rechnung getragen haben. Trotzdem ist durch diese Lohnherhöhungen das Elend der Papierarbeiter Sachsen noch lange nicht beseitigt, sondern nur an einigen Stellen ein klein wenig gelindert. Es ist bezeichnend für das Verhalten gewisser ionangiebender Firmen der sächsischen Papierindustrie, daß sie trotz des von Zivil- und Militärbehörden bestätigten Lebensmittelknappes sich strikte weigern, das Los ihrer Arbeiter durch der Zeit entsprechende Entlohnungen zu erleichtern. So ist den schwerreichen Firmen Kübler & Nietzhammer sowie Weidenmüller scheint's noch nicht die Einsicht gekommen, daß zum Durchhalten, zur Erhaltung burgfriedlicher Stimmung viel nötiger als der Genuss stromer Lektüre ein gefestigter Körper gehört, der aber wiederum nur durch eine den Zeitverhältnissen angemessene Erholung erreicht werden kann.

Stets vorwiegendlich steht es, wenn von der Firma Mahn in Klingenberg berichtet wird, daß ein Heizer, dessen Pfosten durch Einfüllung der Nachtsicht erledigt ist, als Nachtwächter einen Standeslohn von 26 Pf. erhält, während er früher 21 Pf. Bodenlohn hatte, oder wenn einem ein halbes Menschenalter bei der Firma beschäftigten Arbeiter auf seine Bitte um eine Lohnherhöhung erlaubt wird, er könne sich ja die Rübe von außen ansehen. Dieselbe Firma hat einem andern um Lohnherhöhung vorstehenden Arbeiter die Leistung von Überstunden an. Mit dem bestürzten Umstehen ist es bei diesen Firmen nicht weit her. Da gibt nur eine starke gewerkschaftliche Organisation, die in der Lage ist, den gerechten Ansprüchen der Arbeiter Gehör zu verschaffen.

Wenn die sächsischen Papierarbeiter nicht wollen, daß nach dem Kriege die alten unsicheren Verhältnisse wieder eintreten, ja, daß eventuell noch traurigere Zustände empfehlen, dann heißt es, festzuhalten an der Organisation, ihr die Treue bewahren und nach während des Krieges neue Streiter um die Fahne des Verbands zu holen. Wenn dann einige Brüder von den Schlachtfeldern Frankreichs und Italiens zurückkehren, dann wollen wir ihnen zuwenden können: Auch wir, die Kriegerunterschlüsse, haben Sie gehalten! Während wir in Feindesland einer Röde für den Verstand des Katerlandes eingezogen sind, waren wir bereit, unsre gemeinsame Waffe im kriegerischen Kampfe, unsre Organisation, hochzuhalten, die uns nun auf unbeständigem Schlachtfeld von Sieg zu Sieg führen will.

G. St.

#### Unfälle in Papierfabriken.

In der Papierfabrik in Hörlitz bei Bautzen erlitt der 15-jährige Arbeiter Willi Kippe durch den Zufall derartige Verletzungen am Brustkorb, daß er bereits auf der Beisetzung nach dem Brandstiftungsversuch gestorben ist.

Zu der Papierfabrik Dreischor bei Niesky ist ein Arbeiter in das Innere einer Mühle, wo er ein Kett daran gespannt wurde, daß er abgespannt werden sollte.

Der 20 Jahre alte Arbeiter Gottlieb Käfer aus Görlitz ist mit dem Fuß in eine Papierpresse geraten, wurde ihm der Unterarm so stark zerquetscht, daß er abgespannt werden mußte.

Der 20 Jahre alte Arbeiter Gustav Käfer aus Görlitz ist mit dem Fuß in eine Papierpresse geraten, wurde ihm der Unterarm so stark zerquetscht, daß er abgespannt werden mußte.

#### 50 Jahre Zündholzarbeiter.

Der Mann August Kühne, ein 63 Jahre alter Schlosser aus einer schwäbischen Familie, als Zündholzarbeiter geschaffenen. Im Jahre 1865, als die Schüttung von 15 Jahren, machte er zur Herstellung seines Elterns für beide Tage und gegen einen Preis von 7 kreuzer, in einer Zündholzfabrik in Arbeit. Seine Dokumente beweisen, daß er zunächst nicht als zufällig bezeichnet werden kann, daß der Name sehr wohl nach seiner Verdienstzeit nicht leben mit einem Unterschreiber von 8 Pf. pro Stunde doch ganz passende, so erfordert es wohl, auf die Zeitschrift in dieser nachzutragen.

Jugend hinzuweisen. Aber auch von der so gefährlichen Zündholzarbeiter-Krankheit — der Phosphorose — wurde der Kollege nicht verschont; er litt dabei einen Unterleib, ein so daß er seit dieser Zeit nur flüssige, extra für ihn zubereitete Nahrung zu sich nehmen kann. Sein wöchentliches Einkommen betrug im Jahre 1890 10 Pf. ließ bis 1907 auf 14 bis 15 Pf. und betrug bis vor kurzer Zeit 19,00 Pf. Anlässlich einer förmlich berechneten Lohnherhöhung der Arbeiterschaft wurde dieser Lohn noch um eine Leistungszulage von 10 Prozent erhöht. Hierzu wird dem Kollegen noch freie Wohnung zugestanden, die wir jährlich mit 200 Pf. im Wert bemessen. Also ein niedriges Einkommen, der Verlust des Unterleibes und Verkürzung zur Weiterarbeitung bis in das Grab, das ist das Los eines Zündholzarbeiters nach 50jähriger Tätigkeit im Sinne der heutigen öfterschen Weltordnung. Daran ändert auch die Verabsiedlung einer Gratifikation als „Anerkennung“ für treue Dienste neben den verschleierten sonstigen Anerkennungen von Papier nichts.

#### Opfer in der Sprengstoff-Industrie.

In einer Pulverfabrik bei Hanau ereignete sich am 20. September eine Explosion, bei der sechs Arbeiter getötet und mehrere Personen verletzt wurden. Der Gesamtbetrieb der Pulverfabrik erleidet keine Unterbrechung.

### Gewerkschaftliche Nachrichten.

#### Unterstützungsverleihungen im Bauarbeiterverband.

Eine Konferenz des Verbandsbundes und -ausschusses mit dem Verbandsvorstand, die vom 16. bis 18. September in Hamburg tagte, hat die Wiederinrufung der statutarischen Arbeitslosen- und Krankenunterstützungen vom 1. November d. J. an beschlossen. Mit diesem Tage wird die am 17. August 1914 eingeführte Rostlandsunterstützung aufgehoben. Die Preisunterstützung wird noch nicht wieder eingeführt. Entgegen den sonstigen statutarischen Bestimmungen, wonach die Unterstützungsberechtigung für die ausgeleierten Mitglieder erst dann wieder beginnt, wenn vom letzten Tage der vorangegangenen Unterstützungsperiode an gerechnet ein Werktag von 52 Wochen vertritten und das Mitglied während dieser Zeit erwerbsfähig gewesen ist und mindestens 44 Vollbeiträge gezahlt hat, soll für alle Mitglieder ein neues Unterstützungsjahr beginnen, sofern sie vom Tage ihrer letzten statutarischen Unterstützung oder seit dem 17. August vorigen Jahres mindestens 44 Beiträge geleistet haben. Als Vollbeiträge werden auch die von der Rostlandsunterstützung in Abzug gebrachten verminderten Beiträge angesehen.

Um auch den nachweislich erwerbsfähigen Kranken, die während der Unterstützungszeit des Status Unterstützung nicht erhalten haben und dessen Beitragsfrei waren, mit dem 1. November den statutarischen Unterstützungsanspruch zu sichern, werden ihnen die während ihrer Krankheit verabfolgten Heilmittel als Vollmarken angerechnet.

Die Konferenz beschloß alsdann noch, zu Weihnachten den Familien der Kriegsteilnehmer nochmals eine Unterstützung zuzulassen zu lassen. Sicher ist diese Unterstützung während des Krieges dreimal zur Auszahlung gelommen. Sie hat dem Verband bereits 2 536 000 Pf. gebracht. Für die in Aussicht genommene vierte Auszahlung werden anderthalb Millionen Mark veranschlagt.

#### Eine Gauversicherungskonferenz des Transportarbeiterverbandes nahm nachstehende Erklärung an:

Die am 19. und 20. September 1915 in Berlin tagende Konferenz von Vertretern der Gau- und Kreisverbände des Deutschen Transportarbeiterverbandes hält die von der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagstraktion im Verlaufe des Krieges eingenommene Stellung für die auch im Interesse der deutschen Gewerkschaften allein richtige.

Die Konferenz lädt sich den von der Generalkonsistenz der Gewerkschaften und der Konferenz von Vertretern der Verbandsvorstände gegen das organisationswidrige Treiben einiger Sonderverbände getroffenen Erklärungen vollständig an. Auch sie erblüht in diesen Versuchen überantwortlicher Unternehmer, Betriebsplitterung und Unreinheit in die Organisation zu tragen, eine große Gefahr für das erfolgreiche Wirken der Arbeiterschaft auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete.

Die Konferenz macht es deshalb allen Verbandsfunktionären zur unbedingten Pflicht, jedem Versuch, derartige organisationszerstörende Beziehungen in unserm Verband hinzuzutragen, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Der Verband der Taffler und Portesellier hat während des ersten Kriegsjahrs mehr als 11 000 Neuaunahmen vollzogen. Wenn der Verband am 1. Juli 1915 trotzdem nur 177 männliche und 893 weibliche Mitglieder mehr zählt als am gleichen Tage des Vorjahrs, so liegt das daran, daß über 700 Mitglieder bereits zum Kriegsdienst eingezogen waren und im letzten Werkstecher allein fast 4000 meistens neugewonnene, bewußtende Mitglieder wieder gefügt wurden. Der Belegschaftsgrad in der Ausbildungsinstitution hat in den letzten Monaten merklich nachgelassen; von den Entlassungen sind aber fast gar keine Taffler befreit. Am 1. Juli zählte der Verband 13 713 männliche und 1899 weibliche Mitglieder. Am 31. Juli 1915 wurde die sechste Kriegsstatistik aufgenommen, aus der eine starke Zunahme der Frauenarbeit in der Lebensmittelproduktion zu erkennen ist. Die Zahl der männlichen Mitglieder ist am Juli auf 13 662 gesunken, die der weiblichen auf 2116 gesunken. Zum Militär eingezogen waren 7092, darunter 3669 Ledige.

### Unser Verband in der 59. Kriegswoche.

Für die Woche vom 13. bis 19. September haben 292 Zahlstellen berichtet. Diese hatten zusammen bei Kriegsausbruch 171 487, am 18. September d. J. noch 31 506 Mitglieder; von den fehlenden waren 69 411 zum Kriegsdienst eingezogen.

Kreislos waren in den berichtenden Zahlstellen 136 männliche und 436 weibliche, zusammen 572 Mitglieder. Das sind 0,7 vom Hundert. Damit hat die Arbeitslosigkeit den niedrigsten Stand seit Ausbruch des Krieges erreicht.

Erwerbstümlich krank waren 896 männliche und 277 weibliche, zusammen 1173 Mitglieder.

Zur folgenden Tabelle sind nicht die Ergebnisse der Erhebung aus den berichtenden Zahlstellen, sondern diejenigen, die wir voransichtlich erhalten würden, wenn alle Zahlstellen Bericht erbrachten hätten, zusammengefaßt. Es sind also nicht ermittelt, sondern errechnete Ergebnisse, die jedoch der Wirklichkeit ziemlich genau entsprechen dürften, weil der Bruchteil der Mitglieder, für die Berichte nicht eingespielt werden, jetzt viel kleiner ist als der, für den berichtet wird.

Berichtstag	Arbeitslos insgesamt	Zum Kriegsdienst eingezogen	
		von je 100 Mitgliedern	in männlichen Mitgliedern
9. August	17 663	8,5	34 388
5. September	23 788	11,5	44 429
2. Oktober	17 329	8,3	48 875
7. November	9 233	6,3	51 561
5. Dezember	6 966	5,0	54 428
2. Januar	6 500	4,8	57 170
6. Februar	5 320	4,1	60 089
6. März	3 450	2,7	65 045
5. April	2 310	2,0	68 453
1. Mai	1 321	1,2	71 883
5. Juni	930	0,9	75 692
2. Juli	919	0,9	78 584
7. August	802	0,8	81 257
14. —	826	0,8	81 967
21. —	863	0,8	82 159
28. —	897	0,9	82 605
4. September	828	0,8	83 412
11. —	815	0,8	84 218
18. —	692	0,7	84 193

Die Berichtszahlen für die 59. Woche enthalten erstmals auch die Frage nach der Zahl der jenen gefallenen Kollegen. Diese Frage ist nur

von 185. Zahlstellen beantwortet worden. Es ist anzunehmen, daß die Vermüllung noch nicht überall abgeschlossen war, das oder die nächsten Vertragswochen vorläufige Ergebnisse bringen werden. Sehrausfalls bitten die Zahlstellenleiter dringend, auch diese Frage gewissenhaft zu bearbeiten.

In den 136 Zahlstellen, die auf diese Frage Auskunft gegeben haben, waren am Berichtstage schon 2566 Kollegen gefallen. Das sind ganz außerordentlich viel. Eine Umrechnung auf den ganzen Verband würde erstaunlich hohe Zahlen ergeben. Vorsichtig wird das Ergebnis nach einer vollständigeren Erhebung günstiger als es jetzt zu sein scheint.

### Rundschau.

#### Ein englischer Minister über die deutschen Arbeiter.

Auf dem Kongreß der englischen Gewerkschaften, der im September 6. J. in Bristol stattfand, sagte der Minister Lloyd George über die deutschen Kriegserfolge und ihre Ursachen:

„Wer begiebt will, was eine gut geplante Arbeiterschaft in dem gegenwärtigen Kriege bedeutet, möge die Geschichte der letzten zwölf Monate lesen. Ende September waren die deutschen Helden zum Siegen gebracht. Sie erlitten eine überwältigende Niederlage in Frankreich. England rückte gegen sie in der Richtung nach den Alpen vor, und ich glaube auch nach Ostpreußen hin. Hätte liegen die Dinge anders, watum? Weil der deutsche Arbeiterschaft ein griff. Die Arbeiterschaften in Deutschland bereiteten den Feldzug vor. Sie arbeiteten, sie schafften, ruhig, beharrlich, selbstbewußt, ohne Stockung, ohne Aufstand, ohne Unterlaß Monat um Monat, während des Herbstes, während des Winters, während des Frühlings. Dann brach die furchtbare Pandemie von Augsburg und München los, riss die gewaltigen russischen Heere auseinander undwarf sie zurücks. Das war der erste Sieg der Deutschen Arbeiter. Dieser Sieg des Deutschen Arbeitersverbands. Mit Hindernis, nicht Macken oder sonst ein Herr „von“ hat die Schlacht gewonnen, der wahre Sieger ist der Arbeiter. Der zweite Krieg ist in einen Streit zwischen der Technik Deutschlands und Österreichs eingetreten und der Technik Großbritanniens und Frankreichs anderseits ausgegangen. Ich hoffe wir alle, Regierung und Volk, dies erfassen, um so besser es mit dem endlichen Sieg steht. Ich glaube wohl, daß der deutsche Arbeiter im Vergleich mit dem deutschen der führenden ist. Wenn er sich entschließt, an die Sache zu gehen, dann wird er auch durchhalten und den Sieg herbeiführen.“

#### Der Wert der Organisation.

In der „Antitrust-Zeitung“, einer zur Bekämpfung der Trusts, vor allem des Tabaktrusts, in Deutschland gegründeten Zeitschrift, heißt es in einem Aufsatz über „Die soziale Frage und der Krieg“:

„Nur durch das Koalitionsrecht ist der Arbeiter in der Lage, seine Lage zu verbessern, seinen niedrigen Lohn zu erhöhen, eine humane Arbeitszeit, eine gesundheitsförderliche Arbeitsart zu verschaffen. Die Gewährung dieses Rechtes des Bürgerschlusses ist aber gerade in der modernen Wirtschaft auch durch sozialpolitische Gründe geboten; denn der einzelne Lohnarbeiter steht hier dem großen Unternehmen bei Feststellung der Arbeitsbedingungen in sehr ungünstiger Lage gegenüber. Dieser steht die Arbeitsbedingungen seit, der einzelne Arbeiter hat meist nur die Wahl, ob er diesen annehmen will oder nicht, und hat infolge seiner Armut in der Regel nicht einmal die Freiheit der Wahl; die wirtschaftliche Übermacht der Unternehmer bringt ihm eine Reihe von Nachteilen. Erst die Vereinigung mit andern befähigt für die Arbeiterschaft die angemessene Lage und ermöglicht es ihnen, ihre beziehungen die rechtliche Freiheit und Gleichberechtigung der Arbeiter beim Abschluß des Arbeitsvertrages auch zu einer wirklichen.“

#### Ein gegangene Schrift.

Der in seinem vierzigsten Jahrgange vorliegende Neue-Welt-Kalender für das Jahr 1916 (Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co. in Hamburg) ist erschienen und kann zur Auseinandersetzung nur best